



Ressorts zukunftsfit machen

Graziella Marok-Wachter über die Knackpunkte in ihren Ressorts Infrastruktur und Justiz.

Seite 4



Gewisse Abläufe im Landtag sind aus der Zeit gefallen: Die VU will Vorschläge erarbeiten, um den Landtag moderner und interessanter für alle zu machen.

Foto: Archiv

Reformprozess: VU will Ansehen des Landtags stärken

Das Präsidium der Vaterländischen Union hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossen, eine interne Arbeitsgruppe einzusetzen, welche Vorschläge für eine Landtagsreform ausarbeiten soll. Diese soll den Landtag attraktiver für Mandatäre und die Bevölkerung machen.



Thomas Zwiefelhofer
Parteipräsident

Der liechtensteinische Landtag besteht in seiner heutigen rechtlichen Form seit rund 100 Jahren. Immer wieder wurden in dieser Zeit Reformen umgesetzt, welche zeigen, dass auch ein Parlament und seine Ausgestaltung nicht ein starres, sondern ein dynamisches Element eines demokratischen Staates bildet. Es galt und gilt, unser Staatswesen und seine Institutionen den Zeiten und ihren Bedürfnissen anzupassen. Die VU ist sich dieser Verantwortung bewusst und möchte angesichts verschiedener Entwicklungen der

letzten Jahre nun Anstösse für massgebliche Reformen betreffend den liechtensteinischen Landtag geben.

Konkrete Vorschläge werden erfolgen

Es ist für die VU selbstverständlich, dass Reformen einen vorgängigen Dialog mit allen involvierten Parteien und vor allem mit dem zweiten Souverän des Landes, dem Landesfürsten bzw. dessen Stellvertreter, bedingen. Damit mehr Fahrt in dieses wichtige Thema kommt, möchte die VU aber nun konkrete Vorschläge unterbreiten, über welche diskutiert und welche auch gerne mit weiteren Vorschlägen ergänzt werden können. Inwiefern die Reformvorschläge gemeinsam mit dem Koalitionspartner FBP ange-

gangen werden können, oder auf anderem Wege vorangebracht werden müssen, wird sich weisen. Die VU ist aber überzeugt, dass es nun konkrete Schritte braucht, um die folgenden Ziele zu erreichen: Die Arbeit des liechtensteinischen Landtags soll effizienter gemacht werden, der Landtag soll mehr eigenes Profil entwickeln, und der Landtag soll in der öffentlichen Wahrnehmung wieder an Ansehen gewinnen. Mit den Reformen soll es zudem auch wieder attraktiver werden, für den Landtag zu kandidieren bzw. als Arbeitgeber einem Mitarbeitenden eine Kandidatur zu erlauben.

Ideen über Parteigrenzen hinweg diskutieren

Mögliche Stossrichtungen gibt es viele. Ohne der Arbeitsgruppe vor-

greifen zu wollen, seien folgende Punkte erwähnt: Verzicht auf die jährliche Schliessung des Landtags; Sitzungen jeweils von Donnerstag bis Samstag, mit dem Ziel bis Freitagabend in zwei Sessions-tagen die Traktanden zu behandeln; neues Entschädigungsmodell mit Sitzungspauschalen; Straffung der parlamentarischen Instrumente, insbesondere reine Schriftlichkeit bei Kleinen Anfragen und Interpellationen; Klärung der Stellvertreterregelung; sinnvollere Traktandenreihung.

Wir freuen uns auf die Vorschläge der Arbeitsgruppe und in der Folge auf eine überparteiliche Debatte zu allfälligen Reformvorschlägen. Schliesslich hoffen wir, dass es uns gelingt, den Landtag auf die nächste Legislatur hin zu stärken. ■



Michael Winkler
Generalsekretär

Editorial

Geeint und stark

Nach dem ersten Open-Air-Parteitag 2021 entschieden wir uns in Balzers erneut, nach draussen zu gehen. Beim Sommerparteitag auf Burg Gutenberg spürte man an historischer Stelle wieder die innere Geschlossenheit unserer Partei. Man freut sich, einander zu treffen und sich auszutauschen, auch wenn man nicht immer zwangsläufig bei jedem Thema einer Meinung ist. Gerade in einer polarisierten Welt, wie sie sich angesichts der jüngsten und aktuellen Krisen präsentiert, ist eine solche Parteiverfassung ein Garant der Stabilität. Die VU versteht sich als Forum verschiedener Ideen, die wir gemeinsam auf einen Nenner bringen. Wir diskutieren in verschiedenen Gremien mit viel Herzblut miteinander, analysieren uns selbstkritisch und suchen den besten Weg für unser Land in unruhigen Zeiten.

Seit mehr als 100 Jahren zeigt sich die VU bzw. ihre Vorläuferin, die Volkspartei, als Motor für gesellschaftliche und politische Reformen. Diese Prägung ist gerade in heutigen Zeiten wichtig, wenn auf der ganzen Welt die Rede von einer Zeitenwende ist. In verschiedenen Bereichen sind Reformen notwendig. Die einen werden schneller gelingen, andere brauchen etwas länger Zeit. Aber gerade unsere innere Geschlossenheit und die intakte Diskussionskultur werden dazu führen, dass wir in unserem Land die anstehenden Herausforderungen als Team Liechtenstein meistern werden.

In der Mehrheitsverantwortung der Vaterländischen Union ist die Politik in guten Händen. Das Vertrauen, von dem wir im Wahlkampf gesprochen haben, trägt Früchte. Während andernorts grosse Unsicherheiten herrschen, spürt man in Liechtenstein dieses gegenseitige Vertrauen deutlich. Gerade auch deshalb, weil wir sagen, was wir tun, und tun, was wir sagen. Jeder weiss, woran er ist. Und sollte das Gefühl der Unsicherheit dennoch aufkommen, findet man bei der VU ein offenes Ohr für seine Anliegen und bekommt für alle beantwortbaren Fragen eine Antwort. Diese Qualität macht uns geeint und stark für die künftigen Herausforderungen. ■

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union,
Partei sekretariat, Wilhelm Beck Haus,
Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: michael.winkler@vu-online.li,
Internet: www.vu-online.li





Präsident Thomas Zwielfelhofer führte durch den Parteitag.



Gut gelaunte Triesnerinnen und Triesner beim Apéro.



Dietmar Lampert, Jakob Büchel und Ursula Oehry-Walther.



Ein Dank ging an Christian Marxer (Bild r.) und Stefan Oehri, die ihre Ämter wegen Wegzugs abgeben mussten.



140 Parteimitglieder liefen zu Fuss auf die Burg Gutenberg, um gemeinsam den Parteitag zu feiern.



Die Burg Gutenberg bot für den Parteitag 2022 eine spektakuläre Kulisse.

Fotos: Jens Weber/Tatjana Schnalzer

Geeint und stark am Parteitag auf der Burg Gutenberg in Balzers

Der Parteitag auf der Burg Gutenberg war ein voller Erfolg. Rund 140 Mitglieder erhielten dabei Einblicke in die Partearbeit des letzten Jahres und über die Fortschritte auf dem Weg in Richtung der Gemeindewahlen. Mit diesem denkwürdigen Parteitag unterstrich die VU einmal mehr, dass sie das Land und die Gemeinden mit guter Stimmung geeint und stark in die Zukunft führt und mit ambitionierten Zielen in die Gemeindewahlen 2023 ziehen wird.



Der Rosengarten der Burg lieferte eine gemütliche Kulisse für den Apéro.

Internationale Vernetzung des Landes vorangetrieben

Die drei Regierungsmitglieder der VU waren in den vergangenen Monaten gern gesehene Gäste auf internationalen Konferenzen und vertieften dabei die guten Netzwerke des Kleinstaats auf dem internationalen Parkett.

Besonders die guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten sollen unter der VU-geführten Regierung gestärkt und vertieft werden. Dieses Ziel setzte die Vaterländische Union in den letzten Monaten konsequent um. Aussenpolitik und Innenpolitik hängen stark zusammen, was an der VU-Veranstaltung «Zeit für Liechtenstein» an 11. Mai in Schaan gut beleuchtet wurde. Fazit: Eine aktive Aussenpolitik ist für einen Kleinstaat überlebenswichtig.

Ein Höhepunkt dieser Bemühungen war der Empfang von Regierungschef Daniel Risch in Berlin. Es ist das erste Mal, dass Liechtenstein von einem deutschen Bundeskanzler zu einem offiziellen Antrittsbesuch eingeladen wurde. In einer gemeinsamen Medienkonferenz bekräftigten Olaf Scholz und Daniel Risch das gute Verhältnis und gemeinsame Ziele beider Länder. Dabei stellte Risch unter anderem die Liechtensteiner FAST-Initiative vor, die im Kampf gegen moderne Sklaverei helfen wird.

Hochrangige Gäste in Liechtenstein
Aussenministerin Dominique Hasler empfing in Mauren die Aussenminister der deutschsprachigen Länder. Auch hier bot sich die Gelegenheit, die Liechtensteiner Initiative FAST näher vorzustellen. Diese ist aktuell auch darum bemüht, Finanzakteure in Bezug auf die Risiken des Menschenhandels von vulnerablen Personen aus der Ukraine zu sensibilisieren. Der Besuch des ukrainischen Aussenministers Dmytro Kuleba bei Dominique Hasler in Vaduz stand ebenfalls im Zeichen der Solidarität Liechtensteins mit der Ukraine. Sie nutzte den gemeinsamen Austausch, um auf die Bedeutung eines funktionierenden Multilateralismus hinzuweisen.

Herausforderungen als Chancen
Auch das World Economic Forum stand im Zeichen der Ukraine-Krise. Daniel Risch begleitete Erbprinz Alois nach Davos. Fast schon traditionell standen dort die Themen Wachstum und Nachhal-

tigkeit sowie die transatlantischen Beziehungen zur Diskussion. Risch nutzte die Gelegenheit zu zahlreichen bilateralen Gesprächen mit Regierungschefs anderer Staaten.

Und auch Graziella Marok-Wachter, die mit dem Ministerium für Infrastruktur und Justiz traditionell eher Inlandsthemen bearbeitet, nutzte verschiedene Gelegenheiten zum internationalen Austausch. Unter anderem beim Gipfel des International Transport Forum (ITF): Hier standen Zukunftsherausforderungen rund um die Sicherheit von Infrastrukturen und Mobilitätsformen der Zukunft im Zentrum, welche die Lieferketten reibungsloser und ökologischer gestalten sollen. Beim Treffen der deutschsprachigen Justizminister war die Digitalisierung der Rechtssetzung ein wichtiges Thema. Gerade bei der Digitalisierung im Justizbereich gibt es viel zu tun. Das Treffen bot die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über verschiedene Möglichkeiten.

Michael Winkler



Dominique Hasler lud zum Treffen der deutschsprachigen Aussenminister nach Liechtenstein.



Graziella Marok-Wachter am Justizministertreffen der deutschsprachigen Länder in St. Gallen.



Um aktuelle Themen in der Krise zu erörtern, lud Dominique Hasler den ukrainischen Aussenminister Dmytro Kuleba nach Liechtenstein ein.



Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz lud Regierungschef Daniel Risch nach Berlin ein und empfing ihn mit militärischen Ehren.



Am WEF traf Daniel Risch unter anderem seinen Amtskollegen aus der Schweiz, Finanzminister Ueli Maurer, und Bundesrat Guy Parmelin.



Der International Transport Forum Summit in Leipzig brachte neue Erkenntnisse zum Thema Verkehr und Mobilität.

Graziella Marok-Wachter: «Es gibt nicht die eine grosse Lösung»

Graziella Marok-Wachter hat im Ministerium für Infrastruktur und Justiz alle Hände voll zu tun. Es stehen in allen Bereichen wichtige Reformen und zukunftsweisende Entscheidungen an, welche die VU-Regierungsrätin zügig umsetzen wird – immer mit Blick auf das grosse Ganze. Im ersten Jahr ihrer Amtszeit konnte sie bereits starke Akzente setzen.

Graziella, du hast bei deinem Regierungseintritt mit den Ressorts Infrastruktur und Justiz zwei grosse Themenfelder zur Bearbeitung bekommen. Würdest du diese Aufgaben wieder annehmen, wenn du wählen könntest?

Graziella Marok-Wachter: Das kann ich klar mit einem Ja beantworten. Beide Themenbereiche sind mit vielfältigen Herausforderungen verbunden und lassen grossen Gestaltungsraum für politische Entscheidungen. Während der Geschäftsbereich Justiz in vielen Bereichen eine Spezialistenmaterie darstellt, zum Beispiel bei Fragen der Gerichtsorganisation, ist die Infrastruktur des Landes, also vor allem Strassen sowie Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten, für uns alle sehr sichtbar und Teil unseres täglichen Lebens. Gerade diese Breite meines Tätigkeitsgebiets gefällt mir sehr.

Kurz nach deinem Amtsantritt hast du das unübersichtliche Amt für Bau und Infrastruktur «zerschlagen». Es entstand vor acht Jahren im Zuge der Verwaltungsreform. Waren die Missstände so gross bzw. was sind deine Überlegungen hinter dieser Aufteilung?

Von Missständen beim Amt für Bau und Infrastruktur kann keine Rede sein. Das sehr grosse Amt wurde neu in drei separate Organisationseinheiten aufgliedert. Diese Reorganisation zielte darauf ab, die Organisationsstrukturen zu vereinfachen und damit für Bürgerinnen und Bürger sowie andere Anspruchsgruppen direkte Wege zu den entscheidungstragenden Stellen zu schaffen. So konnte die Kundenfreundlichkeit der Amtsstellen verbessert werden. Die Erfahrungen der ersten knapp drei Monate mit der neuen Organisationsform bestätigen, dass die Entscheidung richtig war.

Die Regierung ist stark mit den Themen der Nachhaltigkeit und den Klimazielen beschäftigt. Kannst du das Wort Photovoltaik bzw. PV eigentlich noch hören?

Aber selbstverständlich. Wie bei allen Technologien gilt es auch in Bezug auf PV-Anlagen, Wirkungen und Zusammenhänge zu verstehen, verschiedene Interessenslagen zu berücksichtigen bzw. gegeneinander abzuwägen, um letztlich differenzierte Lösungen zu finden. Die PV-Technologie stellt ein zentrales Element im Bereich der erneuerbaren Energien dar und wird weiterhin an Bedeutung gewinnen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Materie ist daher unabdingbar.

Neben den Fragen rund ums Bauen, das sich in unserem Land nach wie vor grosser Beliebtheit erfreut, bewegen die Verkehrsthemen die Bevölkerung und die Politik sehr stark. Was hast du zur



Reformerin: Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter packt die Herausforderungen in ihren Ressorts zielbewusst, sachlich und gut durchdacht an.

Foto: pd

Liechtensteiner Verkehrspolitik in diesen Monaten gelernt?

Es gibt nicht «die eine grosse Lösung», die alle Verkehrsprobleme löst. Verkehrssituationen finden immer an einer bestimmten Stelle statt. Zum Beispiel steht man vor einer Fussgängerampel, man wartet mit dem Auto an einer Kreuzung oder der Bus hält auf der Strasse an, da keine Busbucht besteht. Es bestehen vielfältige Interessenskonflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern in Bezug auf die Nutzung der Verkehrsflächen. So führt zum Beispiel die Bevorzugung von Fussgängerinnen und Fussgängern an einer Ampel dazu, dass Autofahrende länger warten müssen. Davon ist auch der öffentliche Verkehr betroffen – und diesen wollen wir ja gerade fördern, da dies dazu beiträgt, den Individualverkehr zu reduzieren. Dieses Beispiel einer Ampelsteuerung zeigt auf, dass viele Abhängigkeiten in Bezug auf den Verkehrsfluss bestehen. Dies gilt nicht nur für eine konkrete Situation, sondern auch darüber hinaus. So kann ein Stau in Schaan auch zu Mehrverkehr in Bendorf führen. Die verschiedenen lokalen und regionalen Zusammenhänge müssen berücksichtigt und die Interessen der verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer müssen gegeneinander abgewogen werden.

Im Justizbereich stehen ebenfalls interessante Themen an: Der Landtag hat bei der Debatte rund ums Partnerschaftsgesetz signalisiert, dass er sämtliche Ungleichbehandlungen beseitigen möchte, wenn es um die sexuelle Ausrichtung geht. Was plant hier die Regierung?

Offenbar ist es der Wille einer Mehrheit des Landtags, dass es in Bezug auf Adoptionen und Fort-

Offenbar ist es der Wille einer Mehrheit des Landtags, dass es in Bezug auf Adoptionen und Fortpflanzungsmedizin eine völlige Gleichstellung geben soll.

pflanzungsmedizin eine völlige Gleichstellung zwischen heterosexuellen und homosexuellen Paaren geben soll. Die Entscheidung des Landtages bewirkt, dass ab ca. Mitte Juli im Partnerschaftsgesetz zwar das Adoptionsverbot aufgehoben ist, im Adoptionsrecht aber die entsprechenden Bestimmungen fehlen. Bisher ist im geltenden Adoptionsrecht nämlich nur verheirateten Paaren die gemeinsame Adoption möglich und somit sind gleichgeschlechtliche Paare generell von der gemeinsamen Adoption ausgeschlossen. Wir haben hier somit einen Widerspruch in den Gesetzesmaterien. Darum arbeiten wir aktuell an einer Gesetzesvorlage, um im Adoptionsrecht eine völlige Gleichstellung zwischen gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren herzustellen. Gemäss unserer Planung wird die Vernehmlassung noch vor den Sommerferien starten.

Ein weiterer grosser Bereich ist die Organisation der Judikative. Im Koalitionsvertrag steht, man wolle das «Staatsanwaltschaftsmodell» prüfen, um das Landgericht zu entlasten. Wie weit ist man in diesem Bereich?

In der Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter bestehen aktuell Doppelspurigkeiten, die

einerseits Verzögerungen bei der Aufklärung des Tatverdachts und andererseits nicht notwendige personelle Mehrbelastungen und Kosten verursachen. Diese Doppelspurigkeiten sollen aufgelöst werden. Das Staatsanwaltschaftsmodell beinhaltet diesbezüglich Lösungspotenzial. Verschiedene Aspekte wurden mit den betroffenen Stellen bereits diskutiert. Nun geht es darum, in einer Arbeitsgruppe die Lösungsmöglichkeiten vertieft zu prüfen, wobei der Fokus auf Effizienzsteigerung liegen soll.

Ebenfalls Thema ist die Optimierung des Trustrechts. Was ist hier geplant?

Das Trustrecht ist bald 100 Jahre alt und hat sich bewährt. Dennoch ist es wichtig, den Rechtsrahmen regelmässig an die Erfordernisse des Marktes unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen anzupassen. Aktuell führen wir Gespräche mit den Marktteilnehmern, um zu eruieren, wo Optimierungsbedarf besteht. In der Folge geht es darum, Lösungsansätze auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Einführung eines Spezialgerichts für Trusts bzw. das Trustrecht. Dadurch könnte die Attraktivität des Trustrechts in Liechtenstein zusätzlich gesteigert werden.

Interview: Michael Winkler